

Deutscher Industrie- und Handelstag.

(Schluß.)

Ueber die Zukunft der Handelskammern sprach Präsidiumsmitglied Dr. Brandt:

Im letzten Menschenalter sind neben den Handelskammern, Wirtschaftsbereine, Fachverbände und Arbeitgebervertretungen in sehr großer Zahl entstanden und haben ein Stück ihres Arbeitsgebietes in Angriff genommen.

Zu jüngerer Zeit ist durch die „Beranuerung“ des Rätegebäudes in § 165 Reichsverfassung, der unter dem Druck der im Generalrat sitzenden Berliner Arbeiterkammer zustande kam, die Frage der Umgestaltung der Handelskammern, ihrer paritätischen Besetzung mit Vertretern der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter zur Erörterung gestellt.

Sachliche Zielungsansätze sind nur möglich auf Grund genauer Kenntnis der Tätigkeiten der Handelskammern und in Berücksichtigung der Bedürfnisse des Industrie- und Handelstages über paritätische Handelskammern und des Sachverständigen der Handelskammern zu den Wirtschaftsprüfungsämtern.

Zu jüngerer Zeit ist durch die „Beranuerung“ des Rätegebäudes in § 165 Reichsverfassung, der unter dem Druck der im Generalrat sitzenden Berliner Arbeiterkammer zustande kam, die Frage der Umgestaltung der Handelskammern, ihrer paritätischen Besetzung mit Vertretern der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter zur Erörterung gestellt.

Auch unabhängig von den Beschlüssen der Handelskammern zu den Wirtschaftsprüfungsämtern verlangen Angehörige und Arbeiter die Parität in ihnen mit der Begründung, sie seien zur Mitarbeit durchaus fähig und an den allgemeinen Wirtschaftsfragen ebenso interessiert wie die Unternehmer.

Durchschlagende sachliche Gründe sprechen gegen diese Auffassung. Nur als reine Unternehmervertretung können die Handelskammern den Fortschritt und Stellungnahme klar und wahrhaft zum Ausdruck bringen.

Die Handelskammern müssen lebhaft eine Erhebung des gesamten Handelskammerwesens auf einheitlicher reichsrechtlicher Grundlage: sie sehen ihre Zukunft vor allem in einer engen Arbeitsgemeinschaft mit den Gemeinden und den Wirtschaftskammern, deren Einfluss dadurch vermehrt und zusammengelassen wird.

Die Autarkie des Deutschen Industrie- und Handelstages, die Notwendigkeit einheitlicher Darstellung der Dinge durch ihn verlangt, daß er die einzige Interessenvertretung der amtligen Berufsverbände bleibt.

Die Autarkie des Deutschen Industrie- und Handelstages, die Notwendigkeit einheitlicher Darstellung der Dinge durch ihn verlangt, daß er die einzige Interessenvertretung der amtligen Berufsverbände bleibt.

Die Finanzen und Wirtschaftsfrage Deutschlands

Der Redner schilderte die katastrophale Lage Deutschlands, die auf der wertmäßigen Last der Verpflichtungen von Versailles und London beruhe.

Von besonderer Bedeutung war die Kritik, die der Redner für Deutschlands Handel und Industrie an den Deutschen übte, die vor kurzem ein Ausbruch der nationalen Handelskammern der Vereinigten Staaten und ein Ausbruch des Bundes der britischen Industriellen über die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland und die Möglichkeit der Zahlung der deutschen Kriegsschulden und die Form, in der sie gesahlt werden sollen, veröffentlicht hat.

Die Schilderung der politischen Zustände Deutschlands durch die amerikanischen Handelskammervertreter, die französische Chamberlainermedien seitlich witterig, wurde abgemessen und lebhaft bedauert. Manasse wies ferner nach, daß die Zahl der englischen Devisen für die deutschen Zustände in härtesten Gegensatz zu den an Deutschland zu stellenden Forderungen steht.

Die Schilderung der politischen Zustände Deutschlands durch die amerikanischen Handelskammervertreter, die französische Chamberlainermedien seitlich witterig, wurde abgemessen und lebhaft bedauert.

die Alliierten die deutsche Arbeit nach ihrem Willen lenken und den deutschen Auslandsverkehr in die Richtung bringen könnten, die den Alliierten nützlich zu sein scheint und die Weltmärkte der Alliierten nicht stören könne.

In der Aussprache wandte sich Bankdirektor Mommsen Berlin gegen die zu strengen Zentralisierung der Reichseinkommensteuer durch das Reich und die damit zusammenhängende übermäßige Anspannung der Gewerbe- und Grundsteuern.

Die trotzlose Finanzlage des Deutschen Reiches ist zum größten Teil auf die Kriegsschulden zurückzuführen, die Deutschlands Erholung vereiteln. Die Weidung auferlegte Pflicht, eine feste Basis für die Wiedergabe der Kriegsschulden, die Ausleihung der Reichsschatzen und die Eindämmung des Notennurses der Reichsbank vorzulegen, kann zwar unserer Ansicht nicht binnen 14 Tagen und noch weniger ohne Herabsetzung des Betrages von Versailles und von London erfüllt werden, zwingt aber auf alle Fälle zur Herbeiführung einer inneren Einheit und zur Mitarbeit aller Kräfte, in erster Linie der produktiven Erwerbsstände.

Die von den Entente-Staaten vorgeschlagenen Hilfsmittel und die in Gannes gewährten vorübergehenden Erleichterungen bei der Zahlung der Kriegsschulden können den deutschen Wirtschaftsorganismus nicht helfen, zumal um gleichzeitig neue Belastungen und Erhöhungen auferlegt werden sollen, sondern das ist nur von einer ganz anderen durchgreifenden Maßnahmen der Eigenkapital- und Kapitalverwaltung zu erwarten, die mit großem Nachdruck begehrt werden müssen, nicht erfüllen können.

Solange nicht die europäische Wirtschaft um der Wirtschaft willen und mit wirtschaftlichen Mitteln ausgerichtet wird, und solange Deutschland nicht als gleichberechtigter Staat ohne Zwang an der Lösung der europäischen Fragen mitarbeiten kann, wird die Wiedergabe der Verhältnisse nicht kommen.

Darauf ergriß Regierungsrat Luag vom Reichspräsidenten das Wort und wandte sich in der Hauptsache gegen die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife. Nach seiner Ansicht steht Deutschland vor einem Zusammenbruch des Verkehrsnetzes. Eine Verringerung der durchgreifenden Maßnahmen der Eigenkapital- und Kapitalverwaltung zu erwarten, die mit großem Nachdruck begehrt werden müssen, nicht erfüllen können.

Wir verlangen, daß die Ausleihung des Reichsbudgets durch größere Sparanstrengungen und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung herbeigeführt wird. Wir beantragen ferner, daß die Reichsverwaltung sobald als möglich eine Entlastung der Entlastung des Reiches unter der Geltung der verschiedenen Vorträge herausgibt. Die Erörterung über die Tarifherabsetzung ist in der Bevölkerung um so größer, als die Leistungen der Postverwaltung keineswegs im Verhältnis zu den erhöhten Gebühren stehen.

Zusammenfassend wird die Wiedereröffnung von Privatbahnstrecken für den Eisenverkehr gefordert, zumal die dies hierdurch nicht gefördert werde. Damit fand die Tagung ihr Ende.

Halle und Umgebung.

Halle, den 19. Januar 1922.

Wann kommen Stadtverordnetenwahlen?

Niemand weiß es. Schon im vergangenen Frühjahr wurde gelagt: Im Herbst gibt es Neuwahlen zum Stadtparlament, und manche hässliche Voraussage ward dabei gehört. Dann kam der Herbst, und nun hieß es: Anfang des neuen Jahres wird neugewählt. Aber daran ist nicht mehr zu denken, auch zum Frühjahr wird nichts. Ja, es sieht noch nicht einmal jetzt, ob wir im Herbst Neuwahlen zum Stadtparlament haben werden.

Jetzt wird nämlich das neue Gemeindeverfassungsgesetz fertiggestellt werden. Jeder Vertreter des Innern hat es bisher versprochen, aber fertigbekommen hat es noch keiner und ohne die neue Gemeindeverfassung gibt es keine Neuwahlen der Stadtverordneten.

Mit dem Erscheinen der neuen Gemeindeverfassung ist übrigens nicht nur das Schicksal der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch das Schicksal des Magistrats verknüpft. Es gibt bekanntlich unter den Kommunalpolitikern feste Schwürge, die die Magistratskollegen befehligen und die alljährlich 31. Dezember der Stadtverordnetenversammlung übertragen wollen. Der Gedanke, lediglich die Stadtverordnetenversammlung als die ermählte Vertretung der Bürgerschaft auszulagern, ist zu lässig, hat etwas Befremdendes; wenn man aber bedenkt, wie bei den sehr unruhigen Mehrheitsverhältnissen — je nach der Zahl der zufällig auf den Bänken der Sitze oder der Rechten anwesenden Stadtverordneten — wichtige Beschlüsse oft in ein und derselben Sitzung einmal nach rechts und das andere Mal nach links gefaßt werden, da freut sich mancher doch, daß es neben der Stadtverordnetenversammlung noch ein Magistratskollegium gibt, das alle traffe Falligkeiten im Interesse der Gesamtheit ein gewisses Gegengewicht bieten kann.

Das neue Gemeindeverfassungsgesetz wird darüber entscheiden, ob der Magistrat als ein selbstberechtigtes Kollegium neben der Stadtverordnetenversammlung noch weiter besteht, oder ob die obersten Beamten der städtischen Verwaltung lediglich zu Vollziehern des Willens der jeweiligen Stadtverordnetenversammlungsmehrheiten werden.

Ein interessantes Geheimnis birgt das zu erwartende Gemeindeverfassungsgesetz noch insofern, als es möglicherweise bestimmt, daß nach den Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung auch die Magistratsmitglieder sich einer Neuwahl unterziehen müssen. Da könnte immerhin der Fall eintreten, daß einer oder der andere der Herren Stadträte nicht mehr auf die erforderliche Mehrheit läme und somit unzufriedenheitsvoll abtreten müßte, ohne seine ursprüngliche Wahlzeit erfüllt zu haben, während dem Stadtsäckel die Verpflichtung verbleibe, ihm gleichwohl seine Vergütung bis zum Ablauf seiner Wahlzeit in voller Höhe zu gewähren.

So hängen zusammen wichtige gemeindeverfassungsrechtliche Fragen in der Luft, deren Entscheidung in die nächste Vertretung tief einreißt.

Stöcken der Tarifverhandlungen im Bergbau.

Die Verhandlungen über den von den Bergarbeiterorganisationen geforderten Mantelarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind zum Stöcken gekommen. Die Situation, die sich daraus ergeben hat, ist im wesentlichen erkennbar aus dem Auszug, den die Arbeitgeber ihren Gewerkschaften bekanntgegeben haben:

Die Vertreter der Tarifverträge für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften haben bei der Verhandlung über den von ihnen geforderten Mantelarif die Forderungen erhoben, die sie nicht nur für einen der verträglich liegenden Gewerkschaften angeben, sondern auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Haushalten und Kindergärten sowie im Auslandsdienst nicht geschildert werden dürfen. Die Arbeitgeber haben diese Forderung abgelehnt, da eine solche Vereinbarung nach Art. 159 der Reichsverfassung rechtsunwirksam ist und die Koalitionsfreiheit des Einzelnen unzulässig beschränkt.

Die Forderung, die die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, diese Frage wie die der Arbeitszeit über Lage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dies abgelehnt. Wir erwarten von dem gebundenen Sinn unserer Gewerkschaften, daß sie die Beschäftigung unserer Stellungnahme anerkennen und den beschiedenen Lösungsweg in die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht eingeben werden, zumal aber die sonst kritischen Fragen eine Vereinbarung möglich erscheint.

Die Forderung, die die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, diese Frage wie die der Arbeitszeit über Lage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dies abgelehnt.

Wir erwarten von dem gebundenen Sinn unserer Gewerkschaften, daß sie die Beschäftigung unserer Stellungnahme anerkennen und den beschiedenen Lösungsweg in die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht eingeben werden, zumal aber die sonst kritischen Fragen eine Vereinbarung möglich erscheint.

Die Grippeerkrankungen

Sind in unserer Stadt täglich immer noch recht zahlreich zu verzeichnen. Von 181 Neuerkrankungen, die gestern auf der Allgemeinen Ortskrankenkasse gemeldet waren, entfielen auf die Grippe 101. Im allgemeinen scheint es aber, als ob der Höhepunkt überschritten ist. Nachdem am während der Tage vom 10. bis 12. Januar über 70 Prozent Grippeerkrankte zu verzeichnen hatte, betrug der Prozentfuß am gestrigen Tage für sämtliche Abteilungen nur noch 56 Prozent.

Mehrstens ist die Grippe nicht erst in letzter Zeit wieder in Halle aufgetreten. Während des ganzen Jahres sind der Krankentafel fast täglich Grippeerkrankungen gemeldet worden, allerdings nur vereinzelte Fälle.

Luft- und Sonnenbäder für Tuberkulose. Am Sonntag, den 22. Januar 1922, vormittags 11 Uhr findet nach einem kurzen einleitenden Vortrag über Luft- und Sonnenbäder die Vorführung eines Films im Lichtspieltheater Altona, Alte Promenade statt, der die Tuberkuloseerkrankungen und die Erfolge im Bild schildert. In Halle sind außer den sehr bedeutendsten Anlagen am Gaißenberg und Halberstadt keine Sonnenbäder gekannt. Die Errichtung eines großen Luft- und Sonnenbades in der Saale ist seit Jahren ein Bestreben des Vereins zur Beseitigung der Tuberkulose, hat sich aber leider immer noch nicht verwirklichen lassen. Das ist im Interesse der Volksgesundheit außerordentlich zu bedauern. Wer sich über die Wirkungen von Luft und Sonne unterrichten will, behalte die Vorführung. Karten in der Musikalienhandlung Heßler, Große Ulrichstraße, Progreß Schillers Hoflager, Große Steinstraße, Progreß: Helmold, Leipziger Straße. Preis: Studenten und Bekleidige 1 Mark, sonst 2 Mark.

Ernung gelassener Studenten. Der hallische Aka bedarf die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung der in den Jahren 1919 bis 1921 gefallenen Kommissionen. Ein einfacher Findling, ohne jeden Schmuck, soll vor der Universität keinen Platz finden.

Ein Griff in die Schaufensterauslage. Gestern 9 1/2 Uhr abends wurde in einer Jägerkneipe in der Geißstraße eine Schaufensterdiebstahl verurteilt und aus dem Schaufenster Zigaretten und Zigaretten in Werte von etwa 100 M. entwendet. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Vom Tag. Gestern erlitt auf dem Marktplatz eine Frau einen Attentatsversuch. Sie wurde nach der Roten-Turm-Wache gebracht und, nachdem sie sich erholt hatte, ihrer Wohnung zugeführt. — Am gleichen Vormittag stieß in der Reilstraße ein Bakstrafwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei letzterer leicht beschädigt wurde. Personellen wurden nicht verletzt.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Die Trauerfeier für Geheimrat Prof. Dr. Karl Robert findet am Sonnabend um 1/12 Uhr in der großen Kapelle des Gertrudenfriedhofes statt.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr gelangt die komische Oper „Die neuerlichen Frauen“ zur Aufführung. Sonntag nachmittags Fremdenvorstellung bei halben Dramenpreisen. „Schenk und Luend“ (Una cosa rara), Sonntag abends „Die neuerlichen Frauen“, Montag „Häsel und Gretel“.

Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr die Komödie „College Campdon“ von Gerhart Hauptmann zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Freie Volkshäuser Halle. Thalia-Theater. Der eingeschätzte Kranke. Ein Heiltsanatorium. Spielzeit: E Sonnabend den 21. F Montag den 23. G Mittwoch den 25. H Donnerstag den 26. Januar 1922.

Auf den Feiertagen, den 19. und 20. Januar morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater veranlagt. Sei nochmals besonders hingewiesen.

Geschäftsverkehr.

Für die Geschäftsverhandlungen unter der Leitung des Herrn Dr. Kahlert in Halle.

Die Grippe, die schon jahrelang Europa mit ziemlicher Regelmäßigkeit in den Wintermonaten heimlich und dem Charakter einer Epidemie annimmt, tritt auch in diesem Jahre in Deutschland wieder in ungewöhnlicher Stärke auf. Vielen Menschen ist die Gefahr der Grippe und ihrer Folgezustände nicht bekannt. Der beste Schutz gegen diese Krankheit ist die sehr oft bei katastrophischen Erkrankungen bemerkbar macht, besteht in allen solchen Fällen durch rechtzeitige Vorbeugung. Als Hilfsmittel, die sich bei Erkrankungen genannter Art besonders wirksam zeigen, sind die von ärztlicher Seite anerkannten Emser Brunnen- und Quellenprodukte (Bakterien und Salz) zu erwähnen. Besonders zur letzten Zeit sind genannte Mittel bei regelmäßigem Gebrauch nach ärztlichen Erfahrungen erfolgreich. Die Wirkstoffe über die Emser Heilmittel lieferten durch die Roh- und Brunnenleitung. Sad Sma







